

N^o 227.

5 169984
227

Sammelheften

14 B.
555
(1. 2. 3.)

Die Verhandlungen

zwischen

Hannover, Braunschweig

und dem

Zollverein

über

Hannovers Fuldsluß.

Harle. H. H. H.

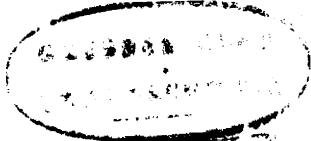
Et, quod laquei est, id quoniam circulator, hanc
honestum dicit, velle modo potest, et, quod ho-
nestum non est, id velle ut sit, velle non potest,
adversari et expugnare natura.

Quoniam de ag. 1. 15.

Graf. Elb.

Köln 1844.

M. DeWent-Schaeberg.



VII. B. 555
(1. Ex)

Die Verhandlungen

zwischen

**Hannover,
Braunschweig und dem Zollverein**

über

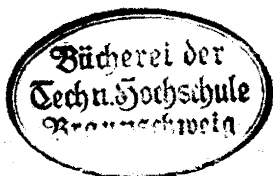
Hannovers Anschluß.

(Besonderer Abdruck aus der „Kölnischen Zeitung“.)

B. III 110.3.

Köln, 1844.

M. DuMont-Schauberg.





Braunschweig, im Januar 1844.

Mit der nunmehr erfolgten Aufnahme unserer südwestlichen Gebietstheile — des sogenannten Harz- und Weserkreises — in den Zollverein ist in den Unterhandlungen mit Hannover über seinen seit länger als zwei Jahren verheißenen Anschluß an denselben ein Abschnitt eingetreten, welcher in mancher Beziehung als der angemessenste erscheinen möchte, um die bisherigen Resultate dieser Unterhandlungen in einer übersichtlichen Darstellung auch dem größern Publicum vorzulegen. Diplomatisch liegt die Sache gegenwärtig so, daß die Versuche, eine Uebereinkunft zwischen dem Zollvereine und Hannover in der gewünschten Weise zu erreichen, wegen der auf allen Seiten anerkannten Erfolglosigkeit für den Augenblick gänzlich aufgegeben sind, daß also durch die Publicität kein noch schwebendes Interesse verletzt werden kann; die Veröffentlichung ist aber von Wichtigkeit für Braunschweig, auf welches die hannover'sche Journalistik den Vorwurf des Eigensinnes, des Tropes und der Anmaßung zu wälzen seit Jahren unablässig bemüht gewesen ist, und für den Zollverein, weil in einer richtigen Auffassung der bisherigen Erfolge zugleich die Zeitpunkte für dasjenige Verfahren liegen, welches in der Zukunft einzuschlagen sein dürfte.

Im Anfange des Jahres 1841 waren die Verhandlungen über die Verlängerung des zwischen Hannover, Braunschweig und Oldenburg bestehenden, jedoch mit dem Ende jenes Jahres ablaufenden Steuervereinigungs-Vertrages schon fast zu Ende geführt, unsere Stände beschäftigten sich bereits mit der Prüfung, als plötzlich (im April 1841) das Publicum durch die Kunde überrascht wurde, daß die Unterhandlungen abgebrochen seien und unsere Regierung den Entschluß gefaßt habe, dem deutschen Zollvereine beizutreten. Die Motive welche diesen Entschluß herbeiführten, dürfen hier übergangen werden, da sie nach der Lage der Sache auf die Beurtheilung der Gegenwart keinen Einfluß äußern können; es wird genügen, zu bemerken, daß sie durchaus gebieterischer Natur waren und in der öffentlichen Meinung unseres Publicums den allgemeinsten Wiederhall fanden. Eben deswegen aber konnte es auch nicht die Absicht unserer Regierung sein, etwa nur mit einem Theile des Landes zum Zollvereine überzugehen und das übrige Gebiet bei Hannover zu lassen; denn jene Gründe waren für alle Landestheile die nämlichen, alle sollten und wollten die ungünstigen wie die günstigen Folgen des neuen Verhältnisses gleichmäßig übernehmen, nur einen Zoll- und Steuersysteme huldigen und nicht durch Verschiedenartigkeit der Interessen und der Beziehungen zu andern Staaten einander entfremdet werden. Diese Ansicht wurde daher von Anfang an mit der größten Entschiedenheit verfolgt, ihr entsprechend auch in den vorläufigen Unterhandlungen die Mitaufnahme der südwestlichen Gebietstheile als eine *conditio sine qua non* des ganzen Anschlusses hingestellt, und wenn unsere Regierung von solcher Richtung ihrer Politik dennoch einige Zeit hindurch abwich, so ist der Grund davon in den nachfolgenden Thatfachen zu suchen.

So wie Braunschweigs Entschluß erklärt war, bot man von Hannover aus alle nur denkbaren Mittel auf, um denselben zu hintertreiben oder wankend zu machen. Neben Vorstellungen, Vermittelungen und Verwendungen im Geschäftswege, neben den versuchten Einwirkungen auf einzelne Privatpersonen wurde vor allen Dingen die Zeitungs-
 presse in Bewegung gesetzt, um unser Vorhaben als ein durchaus unüberlegtes und schädliches darzustellen und besonders die öffentliche Meinung gegen den Anschluß an den Zollverein zu stimmen. Nachdem jedoch die Erfolglosigkeit solcher Bemühungen erkannt war, gab man sich hannover'scher
 Seits in Berlin die größte Mühe, wenigstens den Eintritt des Harz- und Weserkreises, durch welchen Hannovers südliche Provinzen von den nördlichen getrennt werden, in den Zollverein zu verhindern und sich dagegen dessen Verbleiben im Steuervereine zu sichern. Die hannover'sche Regierung sprach diesen Wunsch direct gegen Preußen aus, welches im Namen des Zollvereins mit Braunschweig unterhandelte, indem sie dabei andeutete, daß diese Nachgiebigkeit eine größere Annäherung zwischen beiden Vereinen befördern werde. Von Preußen wurde indeß erwidert, daß eine solche Aeußerung zu unbestimmt sei, um als Basis zu weiteren Verhandlungen und als die Richtschnur für andere Maßregeln dienen zu können; worauf nun Hannover den Wunsch, dem Zollvereine ebenfalls beizutreten, im Allgemeinen erklärte, zugleich aber auch den Antrag wiederholte, daß, so lange beide Steuersysteme neben einander beständen, der Harz- und Weserkreis mit Hannover vereinigt bliebe. Indem Hannover diese Erklärung abgab, sprach es zugleich auf das Bestimmteste aus, daß ihm sehr wohl der Punkt bekannt sei, welcher vor allen Dingen festgestellt werden müsse, bevor

sowohl der Zollverein als auch Braunschweig sich zu einer Concession verstehen würde: man war zur Nachgiebigkeit nur dann bereit, wenn man dadurch oder dagegen die Gewißheit erlangte, daß Hannover ebenfalls zum Zollvereine übertreten werde, wollte sie aber nicht üben, nur um Hannover das Beharren in seiner oppositionellen Stellung zu erleichtern und späterhin für seine Gutgläubigkeit mit einer Täuschung belohnt zu werden. Je dringender daher die Verhältnisse zur vollsten Aufrichtigkeit und Rückhaltlosigkeit anforderten, desto bereitwilliger war man in Berlin schon jetzt geneigt, Beides in der hannoverschen Erklärung zu finden, und fragte deshalb auch in Braunschweig an. Hier sah man jedoch die Sache etwas vorsichtiger an. Man glaubte überhaupt noch nicht recht fest an Hannovers ernstliche Absicht, dem Zollvereine beitreten zu wollen, und fürchtete, sofern dieses Mißtrauen gegründet sein sollte, daß ein zu bereitwilliges Entgegenkommen, ein zu gefügiges Eingehen in Hannovers Wünsche, eine zu offen an den Tag gelegte Besorgniß vor seinem Unwillen nur eine dilatorische und evasive Politik hervorrufen und begünstigen werde. Man hielt deshalb die Erklärung noch für viel zu unbestimmt, als daß auf den Antrag eingegangen werden könnte. Jetzt ging Hannover abermals einen Schritt weiter, indem es seine Wünsche dahin beschränkte, daß durch Preußens Vermittelung ihm der Besitz unserer südwestlichen Gebietstheile nur noch für das Jahr 1842 erhalten werde, damit es Zeit bekomme, die Verhandlungen wegen seines Beitritts zum Zollvereine zu eröffnen. In dieser Erklärung schien allerdings die aufrichtige Geneigtheit Hannovers, in die Voraussetzungen des Zollvereines einzugehen, sich schon bestimmter auszusprechen, und in Berlin, wo mehr Vertrauen herrschte, hätte man sie vielleicht für

genügend gehalten. Allein unsere Regierung ging in ihrer Zuversicht nicht so weit, hielt vielmehr die hannover'sche Erklärung auch jetzt noch für zu unbestimmt und glaubte, auf Hannovers Wunsch nur dann eingehen zu können, wenn dessen Absicht, seinen Beitritt zum Zollvereine während des Jahrs 1842 zu realisiren, auf eine völlig glaubwürdige Weise ausgesprochen werde.

Während dieser Zeit waren nun die Verhandlungen zwischen Braunschweig und dem Zollvereine ihrem Ende zugeführt. Die Aufnahme des ganzen Herzogthums in den Zollverein war dadurch auf den 1. Januar 1842 festgesetzt; doch hatten die bis dahin erlangten Resultate der Unterhandlungen mit Hannover noch eine besondere protocollarische Uebereinkunft vom 19. Oct. 1841 zur Folge, durch welche die Ausführung des Hauptvertrages in dem braunschweigischen Harz- und Weserfreise noch ein Jahr lang suspendirt, und das Verbleiben dieser Gebietstheile im hannover'schen Steuervereine für den nämlichen Zeitraum von Braunschweig zugestanden wurde, wenn Hannover bis zum 15. Nov. 1841 eine Erklärung abgeben würde, aus welcher nach der übereinstimmenden Ansicht von Braunschweig und Preußen die Geneigtheit, sich bis zum Ablaufe des Jahrs 1842 mit den Staaten des Zollvereins über den Anschluß des Königreichs Hannover zu verständigen, mit Bestimmtheit zu entnehmen sein würde.

Diese Stipulation hatte zur Folge, daß die hannover'sche Regierung, welcher davon Kenntniß gegeben war, schon unter dem 23. Oct. 1841, also noch vor Ablauf des vierten Theiles der gesetzten Frist, in Berlin eine förmliche Note überreichen ließ, in welcher sie erklärte, „daß die von ihr geforderte Zusage wegen baldigst thunlicher Eröffnung der Ver-

handlungen über den Beitritt Hannovers zum Zollverein um so unbedenklicher von ihr gegeben werden könne, als sie im Wesentlichen schon ihren frühern Erklärungen zum Grunde gelegen habe. Die erforderlichen Prüfungen und Untersuchungen sollten förderksamst begonnen werden, auch werde die königl. Regierung sich angelegen sein lassen, die Hindernisse, welche den Beginn der Verhandlungen verzögerten und der Erreichung einer Vereinbarung sich entgegenstellten, so viel als in ihren Kräften liege, zu beseitigen.“ Es ließ sich nicht verkennen, daß, wenn nicht bestimmte Gründe des Mißtrauens vorhanden waren, diese Erklärung vollkommen geeignet sein mußte, die gewünschte Zuversicht zu gewähren. Die preussische Regierung sprach sich deshalb auch sofort dahin aus, daß dieselbe als genügend anzusehen sei, und wenn man auch in Braunschweig noch zu Bedenkllichkeiten geneigt sein mochte, so konnte man doch in Betracht des über allen Zweifel hinaus festgestellten Sinnes, welchen jene Worte unter den verhandelnden Theilen haben mußten, in Betracht der dringenden Veranlassung, welche gegeben war, eine durchaus rüchhaltlose Sprache zu führen, so wie endlich in Betracht der Würde des Ortes, woher sie kamen, der preussischen Regierung mit einem haltbaren Grunde nicht entgegentreten. Indem man also deren Ansicht sich angeschlossen, war nunmehr diejenige Voraussetzung verwirklicht worden, unter welcher die Uebereinkunft wegen einstweiliger Ausschließung unserer südwestlichen Gebietstheile vom Zollverein in Vollzug kommen mußte. Noch so zu sagen in den letzten Stunden des Jahrs — am 16. und 17. Dec. 1841 — wurden jetzt auch die den Umständen nach dringend nöthigen Verträge mit Preußen und Hannover über das Provisorium abgeschlossen und von der braunschweigischen Ständeversammlung (die hannover'sche

scheint gar nicht gefragt zu sein) mit einer Eile geprüft und genehmigt, welche nur der Drang der Verhältnisse rechtfertigen konnte. Diese Verträge gingen im Wesentlichen dahin, daß während des Jahres 1842 der braunschweigische Harz- und Weserkreis noch mit dem hannoverschen Steuervereine verbunden bleiben, jedoch schon jetzt berechtigt sein sollte, seine eigenen Producte und Fabricate in das Gebiet des Zollvereins frei einzuführen und eben so dergleichen aus dem angeschlossenen Theile des Herzogthums steuerfrei zu beziehen.

Schon bei Abgabe der letzten Erklärung hatte die hannoversche Regierung hinzugefügt, daß sie sofort vertrauliche Besprechungen einzuleiten wünsche, um eine baldige Verständigung über diejenigen Punkte, welche bei den eigentlichen Verhandlungen über den Zollanschluß würden zur Sprache gebracht werden müssen, herbeizuführen. In dieser Hinsicht hatte sie namentlich die Ermäßigung der Tarifpositionen von Colonialproducten bezeichnet und zugleich bemerkt, daß ihre damals in Berlin anwesenden Bevollmächtigten mit den dazu erforderlichen Instructionen versehen und auch bereits mit dem oldenburgischen Commissarius deshalb in Communication getreten seien. Das schien allerdings auf eine sehr ernstliche Absicht und große Bereitwilligkeit zur Verständigung mit dem Zollvereine hinzudeuten; allein die Hoffnungen, welche man darauf gründen durfte, währten nur kurze Zeit. Raum waren nämlich die Verträge vom 16. und 17. Dec. unterzeichnet, als auch die hannoverschen und oldenburgischen Commissarien sich aus Berlin entfernten und nun mehrere Monate hindurch von Anschlußverhandlungen überhaupt nicht im Entferntesten die Rede war. Im Monat März des folgenden Jahres (1842) fand endlich die preussische Regie-

rung sich veranlaßt, die Sache in Hannover wieder in Erinnerung zu bringen, rechnete auch in dem Grade auf einen günstigen Erfolg, daß sie das hiesige Ministerium aufforderte, sogleich einen Bevollmächtigten nach Berlin zu senden, um wegen der einzuleitenden Verhandlungen nähere Verabredungen zu treffen.

Allein auch diese Hoffnung täuschte: Hannover ließ überhaupt noch bis zum Anfange des Monats August nichts von sich hören und gab auch dann erst die hauptsächlichsten Punkte zu erkennen, welche bei den Verhandlungen über die Verbindung beider Vereine von der entscheidendsten Wichtigkeit sein würden. Wenn schon diese ungewöhnliche und auffallende Verzögerung die gehegten Hoffnungen bedeutend herabzustimmen geeignet war, so konnte der Inhalt der hannoverschen Forderungen nur noch bedenklicher machen; es befanden sich darunter neben manchen Bedingungen, welche gewiß von Preußen kräftig unterstützt sein würden, zugleich so hoch getriebene Ansprüche, daß deren Gewährung auf den ersten Blick als durchaus unerreichbar erscheinen mußte. Dies veranlaßte die preussische Regierung, am Ende des Monats August der hannoverschen bemerklich zu machen, daß deren Vorschläge zu einer Basis für die einzuleitenden Unterhandlungen sich nicht eigneten, und ihr zugleich die gänzlich unannehmbaren Punkte derselben zu bezeichnen; sie verband jedoch damit die Aufforderung, mindestens zu einleitenden vorläufigen Besprechungen einen Bevollmächtigten nach Berlin abzuordnen.

Abermals vergingen sechs Wochen, ohne daß in der Sache irgend etwas Förderndes geschehen wäre. Jetzt aber rückte der JahresSchluß heran und damit der Zeitpunkt, wo das

Wie wenig indeß auch diese Erbietungen noch irgend ein erhebliches Resultat erwarten ließen, so war man diesseits doch gern geneigt, nochmals den Versuch einer Annäherung zu machen. Preußen ersuchte die hiesige Regierung, zum Beginne der erforderlichen Verhandlungen über die Bedingungen und Modalitäten, unter denen der Harz- und Weserfreis in den Zollverein eintreten sollte, die designirten Bevollmächtigten so schleunig als möglich nach Berlin abzuordnen; zugleich aber benachrichtigte es auch hiervon die hannover'sche Regierung, indem es dieselbe ebenfalls einlud, einen Commissarius nach Berlin zu senden, um etwaige Wünsche seines Gouvernements in Bezug auf die zu treffenden Anordnungen, die man zu berücksichtigen nach Möglichkeit bereit sein werde, vorzutragen und zugleich wegen Erneuerung der Verträge von 1837 zu unterhandeln. Hannover gab dieser Einladung Folge, aber in einer Weise, welche schon an sich wenig geeignet sein mußte, Vertrauen zu erwecken: es entsandte den nämlichen Commissar, in dessen Händen die Verhandlungen über den Zollanschluß selbst gescheitert waren. Die erste Handlung dieses Bevollmächtigten war die Ueberreichung einer in so ungewöhnlichem, so drohendem Tone abgefaßten Note, daß die preussische Regierung sich genöthigt sah, darauf zu erwidern, daß Form und Inhalt der Note eine Beantwortung derselben nicht gestatteten und also der Rückreise des Bevollmächtigten kein Hinderniß entgegenstehe.

Inzwischen wurden zwischen Preußen Namens des Zollvereines und Braunschweig die Verhandlungen wegen des Eintritts des Harz- und Weserfreises in den Zollverein fortgesetzt, und sie gelangten zu einem befriedigenden Resultate, welches in einem Protocolle vom 24. Juni 1843 vertrags-

mäßig festgestellt wurde. Die Verbindung des Harz- und Weserkreises mit dem Zollvereine war allerdings nicht ohne Schwierigkeit. Derselbe bildet ein schmales Band, welches in einer Länge von beinahe zwölf Meilen auf beiden Seiten fast nur hannover'sches Gebiet berührt und nur in seinem westlichen, wie in seinem östlichen Ende mit zollvereinsländischem Gebiete zusammenstößt, dazu mit mehreren vorspringenden Winkeln in das hannover'sche Gebiet hineingreift und endlich noch zwei hannover'sche Enclaven — das Amt Polle und die Stadt Bodenwerder — welche übrigens beide von der Weser durchschnitten werden, umfaßt. Besonders aber wurden die Schwierigkeiten der Aufnahme in den Zollverein dadurch vermehrt, daß die Gränzen des Harz- und Weserkreises gegen Hannover fast durchgängig von Gebirgen und Waldungen gebildet werden, welche den Gränzschutz sehr kostspielig machen müssen. Durch diese Rücksichten hatte man sich bereits in der oben erwähnten Uebereinkunft vom 19. Oct. 1841 veranlaßt gefunden, für den Fall, daß der Harz- und Weserkreis ohne Hannover dem Zollvereine würde beitreten müssen, eine Modification in so fern zu verabreden, daß dann nur der größere Strich von der Weser bis zur Leine unter den gewöhnlichen Bedingungen, der kleinere von der Leine bis östlich zur preussischen Gränze bei Harzburg dagegen, wo der Gränzschutz besonders schwierig zu sein schien, mit einem ermäßigten Tarif in den Zollverein aufgenommen werden sollte. Jetzt gelangte man zur Ausführung. Im Interesse des Zollvereins hätte es wahrscheinlich mehr gelegen, die für die braunschweigischen Gebietstheile östlich von der Leine vorläufig stipulirte Maßregel eines niedrigeren Tarifs auf den ganzen Harz- und Weserkreis auszudehnen, weil dann nicht nur wegen der ungleich gerin-

gern Gränzbewachungskosten die Zolleinnahmen sich bedeutend erhöht hätten, sondern Hannover auch wegen der Gefahr des Schleichhandels bei seiner Isolirung in die größten Verlegenheiten gebracht wäre; und nach dem bisher Geschehenen hätte sich eine solche Politik gewiß auf das Vollständigste rechtfertigen lassen. Hannover, welches bis dahin von allem dem, was man nach seinen wiederholten Betheuerungen mit Zuversicht von ihm erwarten durfte, noch nicht das Geringste erfüllt hatte, war wenigstens nicht in der Lage, in einer solchen Maßregel eine unverdiente Feindseligkeit zu erblicken, und sich über unbillige Behandlung zu beschweren. Doch siegte selbst nach solchen Versuchungen die nachsichtsvollere Ansicht, und man blieb bei der Uebereinkunft vom 19. October 1841 stehen. Ja, man steigerte diese Nachsicht noch dadurch, daß man den Tarif für die östlich von der Leine belegenen Gegenden freilich niedriger bestimmte, als den hannover'schen, aber doch noch zu hoch, um einen Schleichhandel in irgend erheblicher Ausdehnung besorgen zu lassen, und indem man ferner den Durchgangszoll auf der für Braunschweig ganz unbedeutenden, für Hannover aber wegen der Verbindung seiner südlichen Provinzen mit den nördlichen fast unentbehrlichen Ammenser-Straße, welche das hiesige Gebiet westlich von der Leine durchschneidet, von dem regelmäßigen Betrage von zwölf Gutegroschen für den Centner auf vier Gutegroschen herabsetzte.

Die Hoffnung, Hannover durch Nachgiebigkeit zu gewinnen, ging noch weiter; Preußen, von dem Wunsche geleitet, nichts unversucht zu lassen, was ein freundschaftliches Vernehmen zwischen den Nachbarstaaten erhalten und befestigen könnte, ersuchte nun selbst in der eilsten Stunde die hiesige Regierung noch auf das Dringendste, weiter zu prüfen, ob

nicht irgend ein den Interessen des hiesigen Landes zusagender und auch für Hannover annehmbarer Plan verfolgt werden könne, um die Mißhelligkeiten zu verhüten, welche aus dem Eintritte des Harz- und Weserdistricts in den Zollverein möglicher Weise würden entstehen können. Augenscheinlich war ein solcher Plan, nachdem Hannover den Antrag, Göttingen und Grubenhagen an den Zollverein abzutreten, definitiv abgelehnt hatte, nur auf Kosten der Integrität des Herzogthums Braunschweig ausführbar. Nichts desto weniger entzog die hiesige Regierung der gerade für sie höchst mißlichen Aufgabe sich nicht, durfte vielmehr glauben, das gewünschte und alle Theile befriedigende Auskunftsmittel darin gefunden zu haben, daß sie vorschlug: Hannover solle das ganze diesseitige Gebiet von der Weser bis in die Gegend von Seesen, und zwar bis zu einer Gränze, welche durch die Innerste und die Netze, so wie weiter südlich durch die von Seesen über Ildehausen führende Chaussee sehr zweckmäßig gebildet wurde, auch ferner beim Steuervereine behalten, dagegen aber das ehemals hildesheimische Gebiet auf der Ostseite dieser Linie, welches nunmehr wie eine Halb-Enclave in das Zollvereinsgebiet hineingreift, bis zur preuß. Gränze, und wo möglich auch den Harz dem Zollvereine anschließen, daneben auch den hiesigen Messen einen Rabatt von $33\frac{1}{3}$ pCt. für die auf ihnen gekauften zollvereinsländischen Waaren, welche in das Steuervereinsgebiet gebracht würden, zugestehen.

Für die Idee eines definitiven Arrangements zwischen beiden Vereinen war dieser Plan offenbar so glücklich erfunden, daß diejenigen, welche die Ausbreitung des Zollvereins über Hannover wünschten und zu diesem Zwecke energische Maßregeln für nöthig hielten, in der That dessen Annahme

von Seiten Hannovers nur fürchten konnten. Die beiden Vereinsgebiete wären damit so leicht und zweckmäßig abgerundet, daß in der Voraussetzung einer bleibenden Trennung nicht wohl eine bequemere Gränze mit mindern Territorialveränderungen hätte gedacht werden können. Alle wesentlichen Verbindungen des natürlichen Verkehrs wären wenigstens für Hannover beibehalten, alle seine Wege zwischen den nördlichen und den südlichen Provinzen offen geblieben und die Sehnsucht der Bevölkerung nach einer Veränderung des Bestehenden auf ein geringes Maß herabgedrückt. Der Plan, weil er alle nur denkbaren Rücksichten gegen Hannover umfaßte, erhielt deshalb auch den unbedingtesten Beifall der preussischen Regierung, welche zugleich erklärte, in demselben eine Gewähr dafür zu finden, daß auf Seiten Braunschweigs nicht Leidenschaft, sondern das Verfolgen ernstlicher Interessen vorwalte. Ja, so weit ging der Glaube an Anerkennung des Guten und Zweckmäßigen, daß trotz Allem, was vorgefallen und ohne irgend eine äußere Genußthung geblieben war, die preussische Regierung nochmals sich entschloß, im Anfange des August 1843 das hannover'sche Gouvernement zur Theilnahme an neuen Verhandlungen einzuladen, „da braunschweigischer Seits Vorschläge gemacht seien, welche alle Parteien zufrieden stellen würden.“

Allerdings erschien nun auch noch vor Ablauf des nämlichen Monats ein hannover'scher Bevollmächtigter in Berlin, aber augenscheinlich nur, um der Form zu genügen. Das starrste Zurückweisen aller Vorschläge ohne auch nur irgend eine Bezeichnung dessen, was mehr oder minder annehmbar hätte erscheinen können, Aeußerungen dahin, daß von hannover'schen Gebietsabtretungen gar nicht die Rede sein dürfe, daß es besser gewesen sein würde, gar nicht zu den Ver-

handlungen gekommen zu sein, wenn dergleichen Propositionen sich hätten voraussehen lassen, waren Alles, was sich Anfangs in vertraulichen Besprechungen, späterhin und nach wochenlangem Zögern aber auch in förmlicher Conferenz irgend erreichen ließ. Die diesseitigen Vorschläge wurden nun schriftlich dem hannover'schen Bevollmächtigten übergeben, jedoch, angeblich wegen eingetretener Krankheit desselben, so wenig beachtet, daß sie, ohne Mittheilung nach Hannover, unter dessen Papieren, wiewohl sich ein Secretär in seiner Begleitung befand, vergraben blieben, bis nach längerem Stillstande der Verhandlungen vierzehn Tage später ein neuer Bevollmächtigter erschien, welcher jene Vorschläge bei seiner Ankunft erst vorgefunden und nun erst an seine Regierung befördert zu haben erklärte. Die Sprache, welche der neue Bevollmächtigte führte, war noch zurückweisender, als die des frühern. Auf Zugeständnisse irgend einer Art einzugehen — so hieß es — sei durchaus unstatthaft, Hannover sei auf Alles gefaßt und betrachte die Beibehaltung des Harz- und Weserkreises im Steuervereine mehr wie eine Gefälligkeit gegen Braunschweig, als wie einen Vortheil für sich! Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes sei Alles, was Hannover in Anspruch nehme. Ja, so sehr war Hannover durch die bisherige Nachgiebigkeit in seinem Widerstande bestärkt, daß aus den Aeußerungen seines Bevollmächtigten selbst die Ansicht hervorblickte, als ob Braunschweig sich erst noch darüber zu rechtfertigen habe, weshalb der Eintritt des Harz- und Weserdistricts in den Zollverein nothwendig sei. — So verstrich unter Zögerungen aller Art die Zeit, welche nur für Hannover nicht kostbar war, ganz erfolglos; denn alle Bemühungen, die hannover'schen Commissarien zu irgend einer nachgiebigern Aeußerung zu vermögen, waren vergeblich,

und als es endlich gelang, die Erklärung des neuen (zweiten) hannover'schen Bevollmächtigten auf officiële Weise in einer förmlich abgehaltenen Conferenz herbeizuführen, waren nur Ablehnung aller diesseitigen Vorschläge und neue, schon an sich ganz unannehmbare Forderungen, welche ohnehin weitläufige Verhandlungen vorausgesetzt haben würden, das einzige Resultat. Hannover wollte seine Final-Entschlüsse über die Erneuerung der Verträge von 1837 erst von der genauen Kenntniß des für den Harz- und Weserkreis entworfenen Organisationsplans, dessen Mittheilung beantragt wurde, abhängig machen, forderte aber bestimmt, wo nicht die fernere Beibehaltung des ganzen Harz- und Weserkreises, doch wenigstens in jedem Falle die Ueberlassung des Striches östlich von der Leine, wogegen es dann als Aequivalent die durch die Verträge von 1837 und 1841 dem Zollvereine angeschlossenen Gebietstheile auch bei diesem zu lassen versprach; es drohete, das Zoll-Cartell in keinem Falle zu erneuern, wenn der in dem Harz-Leinebistricte einzuführende Tarif nicht wenigstens gleich hohe Zollsätze wie der hannover'sche Tarif enthalte; es erstreckte diese Drohung auch auf den Fall, wenn die Zollfreiheit, welche im Harztheilungsrecess von 1788 für die von Goslar aus durch braunschweigisches Gebiet nach dem Oberharze führende Straße vorbehalten war, nicht auch für eine, erst in den letzten Jahren beendigte, ganz neue Straße von Langelsheim nach Lautenthal zugestanden würde, und es forderte überdies, daß auf der Ammenfer-Straße gleiche Freiheit bewilligt, auf den andern durch den Harz-Weserkreis führenden Straßen nur eine Controle-Abgabe von einem Silbergrofchen für die Pferdelaft erhoben, bei der Controle jede thunliche Erleichterung verheißen, bei der.

beiden Harzstraßen und der Ammenser- Straße aber nur eine Zollbegleitung in Anwendung gebracht werde.

Daß man auf diese ungemessenen Forderungen wirklich eingehen würde, hat man in Hannover schwerlich vorausgesetzt. Braunschweig konnte sich jetzt nicht einmal mehr in Unterhandlungen darüber einlassen, schon aus dem einen entscheidenden Grunde, weil die Zeit fehlte. Die hiesige Ständerversammlung war bei Beendigung ihrer Geschäfte im letztvergangenen März nur bis zum 16. October vertagt, um dann die Zollangelegenheit zu erledigen; dieser Zeitpunkt rückte heran, er wurde sogar vereitelt, und die Ständerversammlung mußte, ungeachtet das Jahr sich schon zu seinem Ende neigte, nochmals bis zum 13. November vertagt werden. Die braunschweigische Regierung, ohnehin von der Erfolglosigkeit jeder weitem Versuche eben so überzeugt, wie von der Gefährlichkeit eines längern Hinhaltens, und wegen des Protocolls vom 24. Juni im völligen Einverständnisse mit Preußen, erklärte deshalb Hannovers Antrag auf Ueberlassung des Harzdistricts östlich von der Leine für unannehmbar, zugleich aber auch die Verhandlungen über die von ihr selbst gemachten Ausgleichungsvorschläge für beendet, und rief ihre Commissarien von Berlin zurück. Es ist bekannt, daß die mit dem Zollvereine getroffenen Verabredungen sehr bald die verfassungsmäßige Zustimmung unserer Ständerversammlung erhielten und mit dem Eintritte des jetzigen Jahres im Harz- und Weserkreise zur Ausführung gebracht wurden.

Hiermit hat die Sache für den Augenblick ihre diplomatische Beendigung erhalten; der Vollständigkeit wegen mag indeß noch einiger Umstände gedacht werden, welche erst nach jenem Schlusse der Unterhandlungen vorkamen. Einige Zeit

nach der Abreise der diesseitigen Bevollmächtigten von Berlin übergaben die hannover'schen den preussischen Commissarien in einer Note diejenigen Bedingungen, unter welchen man zur Erneuerung der Verträge von 1837 und 1841 bereit sei. Auch diese Note ist ein interessantes Actenstück zur Bezeichnung der Stellung, welche die verschiedenen Theile im Laufe der Unterhandlungen eingenommen hatten. Ungeachtet Braunschweig — so hieß es darin — zu Hannovers aufrichtigem Bedauern auf den Vorschlag, wenn auch nicht den Weserdistrict, doch wenigstens den Harzdistrict ferner dem Steuervereine zu überlassen, nicht eingegangen sei, so zweckmäßig und geeignet derselbe auch gewesen sein würde, die erheblichsten Schwierigkeiten sofort zu entfernen, so lege man doch einen zu hohen Werth auf die Fortdauer eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Steuervereine und dem Zollvereine, als daß man nicht, trotz jener ablehnenden Erklärung, geneigt sein sollte, auf die anderweit von Preußen in Antrag gebrachten Unterhandlungen einzugehen und nochmals den Versuch einer vertragsmäßigen Feststellung jener Verhältnisse machen zu lassen. (Wie wenig Ursache man auf Seiten Hannovers hatte, nach so vielen fehlgeschlagenen diesseitigen Versuchen, nach so übermäßig bewiesener Rücksicht, nach so unnütz verschwendetem gutgläubigem Vertrauen noch das Gefühl einer angeblich erlittenen Kränkung durchblicken zu lassen, geht aus der obigen Darstellung wohl zur Genüge hervor.) Man sei bereit, wegen der Fortsetzung der Verträge von 1837 zu unterhandeln, wie sich aber von selbst verstehe, nur auf den Grund einer vollständigen Rechtsgleichheit und Gleichmäßigkeit der in Anwendung zu bringenden Grundsätze. — Dieser Note folgte eine besondere Nachweisung von Defiderien,

welche die Erhöhung des Eingangszolles in dem östlich von der Leine belegenen Landestheile, die Verschärfung der Controle-Maßregeln in eben diesem Theile zur Verhütung des Schleichhandels in das hannover'sche Nachbargebiet, die Abtretung diesseitiger Enclaven, die Ermäßigung des Durchgangszolles im Harz- und Weserdistricte auf eine bloße nach Pferdelaften zu berechnende Controle-Abgabe, ungehinderten und abgabenfreien Durchgang der Staatsposten durch die südwestlichen Landestheile, Abgabefreiheit auf den von und nach dem Harze führenden Straßen, endlich Befreiung aller nicht zu den Kaufmannsgütern gehörenden Gegenstände von der Durchgangsabgabe im Harz- und Weserkreise betrafen. — Ziemlich gleichzeitig mit diesen neuen Eröffnungen erschien im „Hamburgischen Correspondenten“ (Nr. 276 vom 22. Nov.) ein angeblich „aus Braunschweig“ geschriebener Artikel — wir werden späterhin nochmals darauf zurückkommen — welcher augenscheinlich darauf berechnet war, die gerade in voller Thätigkeit begriffene braunschweigische Ständeversammlung einzuschüchtern, indem er in ernst drohendem Tone von der großen Gefahr redete, welche darin liegen würde, wenn das kleine Braunschweig sich mit Hannover in offene Feindschaft setzen wollte. Es ist einleuchtend, daß jene übertriebenen Forderungen selbst dann nicht hätten zur Basis für neue Unterhandlungen genommen werden können, wenn dazu noch Zeit vorhanden gewesen wäre; indeß war es auch offenbar zu spät, und mit der Bezugnahme darauf wurden die Negociationen abgelehnt. Eben so wenig konnte ein nochmaliger Versuch, wenigstens einige jener Vorschläge durchzusetzen, diesseits berücksichtigt werden, da derselbe erst dann hier eintraf, als die Ständerversammlung schon ihre Geschäfte beendigt hatte.

Die hannoverschen Bevollmächtigten in Berlin erklärten nun, daß sie auch ihrerseits die Verhandlungen als abgebrochen ansähen; indeß kam, gewisser Maßen als letztes Zeugniß von dem preussischer Seite unermüdet fortgesetzten Bestreben, irgend eine freundliche Verständigung herbeizuführen, am 16. Dec. noch der Entwurf einer provisorischen Uebereinkunft zu Stande, bei welcher jedoch die hannoverschen Abgeordneten ausdrücklich erklärten, daß sie dazu gar keine Instruction hätten und deßhalb ihrer Regierung die freieste Entschließung darüber auf das Vollständigste vorbehielten. Ueber die einzelnen Punkte des durch jene Uebereinkunft bezweckten Provisoriums wird es genügen, hier anzuführen, daß sie wiederum eine modificirte Erneuerung der Verträge von 1837 und 1841 wegen der Enclaven betrafen, jedoch ebenfalls noch viel bedeutendere Vortheile für Hannover forderten, als dagegen zu Gunsten Braunschweigs und des Zollvereins in die Waagschale gelegt werden sollten. Diese Vorschläge gelangten am 19. December nach Braunschweig, also zu einem Zeitpunkte, wo die offene Unmöglichkeit vorlag, die schon nach Hause gereisten Mitglieder der Ständeverammlung wieder einzuberufen und deren Zustimmung zu erlangen, oder auch nur — sofern dies zulässig gewesen wäre — sich zu gleichem Zwecke an den ständischen Ausschuß zu wenden, bevor das Jahr 1844 herankam, nicht einmal zu gedenken, daß unsere Gesetze verfassungsmäßig acht Tage vor dem Anfange ihrer Gültigkeit publicirt werden müssen.

Das ist der einfache Hergang der Dinge bis zu dem Augenblicke, wo der jetzige Zustand eingetreten ist. Ob und wann etwa der Gegenstand wieder zu neuen Unterhandlungen führen wird, ist schon jetzt um so weniger vorher zu berechnen, je bestimmter sich gezeigt hat, daß die hannover-

sche Regierung so zu sagen bis zum letzten Augenblicke in allen ihren Schritten lediglich durch den Glauben geleitet worden ist, es werde ihr auch diesmal gelingen, die factische Aufnahme unsers Harz- und Weserkreises in den Zollverein zu verhindern, und daß also vielleicht auch erst jetzt für sie die Zeit gekommen ist, die Sache von einer andern Seite aufzufassen. Daß übrigens das bis jetzt beobachtete Verfahren unserer Regierung Hannover gegenüber den Charakter der vollkommensten Mäßigung und Loyalität trägt, wird wenigstens Niemand bestreiten, der nicht schon einen Ausdruck des Gegentheils darin findet, wenn wir die dortigen Ansichten über den Zollverein nicht theilen und eine Gemeinschaft nicht fortsetzen wollen, welche schon zu den bedenklichsten Situationen geführt hatte und, so lange sie währte, uns zuverlässig vom Zollverein fern gehalten haben würde. Der Uebergang zum Zollvereine war keineswegs die einzige Alternative, welche dem Herzogthume Braunschweig nach der Trennung von Hannover gestellt war; es blieb ihm auch der Ausweg übrig, wieder in die Isolirung zurückzutreten, in welcher es sich bis zum Jahr 1835 befunden und welche für Hannover solche Verlegenheiten herbeigeführt hatte, daß es gerade deshalb die Verbindung mit Braunschweig so eifrig suchte und betrieb.

Auch dieser Schritt wäre von allem Vorwurfe frei gewesen, und Hannover müßte uns zu dankbarer Anerkennung verpflichtet sein, daß Braunschweig es vorzog, den höhern Tarif des Zollvereins wenigstens für den bei weitem größten Theil des Landes anzunehmen, und selbst in denjenigen Gebietstheilen, welche jetzt noch exceptionel behandelt werden, einen Tarif einzuführen, welcher meist noch bedeutend höher ist, als derjenige, den wir vor 1835 hatten. Daß man

dabei diesseits auf die Schwierigkeiten des Gränzschutzes Rücksicht nahm und in diesem Betracht wenigstens die dringenden Sicherungsmaßregeln eintreten ließ, wird schwerlich von irgend einem Unbefangenen getadelt werden, vielmehr wird man zugeben müssen, daß bei diesen Maßregeln auf der einen Seite, wie auf der andern überhaupt in den Rücksichten auf nachbarliche Verhältnisse eine Gränze beobachtet ist, welche durch das eigene Interesse keineswegs geboten wurde und auf die Hannover sich wohl schwerlich Ansprüche erworben hatte. Hannover kannte Braunschweigs Entschluß, sich vom Steuervereine trennen und dem Zollvereine beitreten zu wollen, seit dem Frühjahr 1841, also nunmehr bald seit drei Jahren; es wußte, daß dieser Entschluß mit dem Anfange des Jahrs 1842 ausgeführt werden sollte und daß man ihm seinen dringenden Wünschen gemäß nur dann die südwestlichen Gebietstheile noch auf ein Jahr überlassen wollte, wenn man damit die feste Ueberzeugung erlangen konnte, daß Hannover mit dem Ablaufe dieser Frist ebenfalls zum Zollvereine übergehen werde; Hannover suchte durch seine Erklärungen diese Ueberzeugung hervorzurufen, ließ schon in einem vorläufigen Protocolle vom 6. Sept. 1841 durch seine Bevollmächtigten die Erwartung aussprechen: „man werde seiner Regierung zutruen, daß sie theils in den günstigen Wirkungen des Zollvereins, theils in den freundschaftlichen Verhältnissen zu Preußen die dringende Veranlassung finde, sich dem Zollvereine anzuschließen, sobald nicht mehr Gründe von überwiegender Wichtigkeit sie davon zurückhielten“; Hannover steigerte die Ausdrücke seiner Geneigtheit auf die fortwährenden Erwiderungen, daß man stärkere Bürgschaften haben müsse, bis zu einer Zusicherung, wie sie allerdings von keinem Staate, der sich nicht an

Händen und Füßen gebunden in Unterhandlungen einlassen will, bündiger gegeben werden kann: — und dennoch sind wir nach Verlauf von beinahe drei Jahren auch nicht um einen Schritt weiter gerückt, dennoch sind alle Erwartungen fortwährend getäuscht worden. Aber freilich — könnte man sagen — Hannover hat ja seine Bedingungen gestellt, unter denen es dem Zollvereine beitreten wollte, es hat also seine Versprechungen vollständig gelöst und das Scheitern der Unterhandlungen nicht veranlaßt. Es soll hier nicht untersucht werden, ob wirklich alle jene Bedingungen im Interesse Hannovers nothwendig waren und gefordert werden mußten; so viel aber ist gewiß, daß schwerlich irgend ein hannoverscher Staatsmann zu finden sein wird, der, wenigstens was einen Theil dieser Bedingungen und das Maß anderer betrifft, nicht ihre völlige Unannehmbarkeit vorhergesehen und also auch gewußt hätte, daß darauf hin eine Vereinigung nicht zu erreichen sein würde. Wenn das aber der Fall war, durfte man dennoch bei Braunschweig und den Zollvereinsstaaten durch die Versicherung der Geneigtheit den Glauben hervorrufen, es werde eine solche Vereinigung zu Stande kommen, und damit sich Vortheile sichern, von denen man sich selbst sagen mußte, daß sie ohne alle Frage verweigert sein würden, wenn noch irgend ein Zweifel an der so wiederholt betheuerten Aufrichtigkeit zurückgeblieben wäre? Durfte man jene Versicherung selbst dann noch wiederholen, diesen Glauben aufs Neue zu befördern suchen, nachdem mehrer der ursprünglich gestellten Bedingungen als völlig unannehmbar mit der unzweideutigsten Bestimmtheit zurückgewiesen waren, während man doch schon damals die nun noch nicht ausgesprochene Absicht hatte, zu jenen Bedingungen zurückzukehren? Hält man alle diese Thatfachen zusammen, erwägt man dabei

die auffallende Erscheinung, daß jedesmal im Herbst, wenn der Jahreschluß und damit der Zeitpunkt für die bevorstehende Aenderung der bestehenden Verhältnisse heranrückte, die hannover'schen Versicherungen aufrichtiger Geneigtheit zum Anschlusse sich erneuerten, daß aber der Eifer sofort einer apathischen Unthätigkeit Platz machte, so wie Hannover erreicht hatte, was es wollte; erwägt man endlich, daß zu jenen Versicherungen die gleichzeitig erscheinenden Zeitungsartikel aus dem Hannover'schen, als deren Verfasser man ganz laut und allgemein Männer bezeichnete, welche sonst als die Vertreter der Cabinetsansichten gelten, durch die ungezähmteste Erbitterung und die heftigsten Declamationen gegen den Zollverein einen höchst auffallenden Contrast bildeten: so wird man allerdings zu dem dringendsten Zweifel berechtigt, ob es Hannover mit seinen Versicherungen, dem Zollvereine beitreten zu wollen, jemals wirklicher Ernst gewesen sei. Braunschweig hat also gegen Hannover nichts zu verantworten, wenn es jetzt einen völlig freien, in seinen Befugnissen liegenden Entschluß ausführt, welcher schon vor beinahe drei Jahren gefaßt war, und nur zu bedauern, daß diese Ausführung durch Voraussetzungen, zu welchen es in gutem Glauben gebracht war, zwei Jahre lang vereitelt worden ist und daß es diese Zeit an der Entwicklung seiner Verkehrsverhältnisse so gut wie verloren hat.

Woher kommen nun jene Klagen über Feindseligkeit, woher die Aufregung, die Uebertreibung, woher die Drohungen, womit besonders auch außerhalb der Unterhandlungen die hannover'sche Zeitungs polemit ihre Angriffe führte? Hat man nicht diesseits geschwiegen, wenn die dortigen Zeitungs-Correspondenten bald nach dem Uebergange des nördlichen Haupttheils mit einer gewissen triumphirenden Schadenfreude

über Beschwerden der Nachsteuer in Braunschweig, über die schädlichen Einwirkungen des Zollanschlusses auf den hiesigen Handel, über den Ruin der Messen, über den Verfall des hiesigen Wohlstandes sich ausließen und dadurch die öffentliche Stimme gegen den Zollanschluß und gegen die hiesigen wohlbegründeten Wünsche, welche die hannover'sche Regierung zu befördern auf die ernsteste Veranlassung und mit den feierlichsten Zusagen versprochen hatte, in Opposition zu bringen suchten? Hat man es nicht ruhig ertragen, daß solche feindselige Declamationen, deren dreiste Zuversicht nur, Gottlob! sehr übel begründet war, in den Zeitungen selbst „aus Braunschweig“ datirt wurden, während man wußte, daß sie von hannover'schen Parteischriststellern herrührten, besonders von einem bekannten, bald anonymen, bald pseudonymen Manne, der die Kunst versteht, seine der Gewalt willig dienende Stimme aus aller Herren Ländern erschallen zu lassen? Von wem die Veranlassung zu solchen Invectiven und Insinuationen ausgegangen ist, soll hier unerörtert bleiben; so viel aber ist gewiß, daß die hannover'sche Regierung es vollständig in ihrer Gewalt hatte, sie zu verhindern oder ihrem Einflusse entgegenzuwirken, wenn sie wollte.

Welche Farbe man übrigens der Sache in Hannover zu geben und welche Stellung man daselbst einzunehmen sucht, darüber verbreitet das neueste Actenstück in dieser Sache, nämlich das hannover'sche Patent vom 31. December v. J. eine für den größten Theil des gutgläubigen Publicums gewiß unerwartete Klarheit. Gerade die eben vorausgeschickte actenmäßige Darstellung des ganzen Verlaufs wird die beste Grundlage darbieten, auf welcher nunmehr auch dieses Patent nach Form, Inhalt und Tendenz geprüft werden kann;

jene Thatsachen muß man kennen, um hier zu einem richtigen Urtheile zu gelangen. Das Patent beginnt mit der Klage, daß es den „wiederholten Bemühungen Hannovers nicht gelungen sei, eine vollständige Erneuerung der zwischen dem Zollvereine und dem Steuervereine in den Jahren 1837 und 1841 über die gegenseitigen Steuer-, Zoll- und Verkehrsverhältnisse geschlossenen Verträge zu erreichen.“ Man muß schon bei diesen Worten einen Augenblick verweilen, um ihren Sinn richtig aufzufassen.

Welches sind die „Verträge von 1837 und 1841“, deren hier gedacht wird? Etwa nur diejenigen, welche den Austausch der Enclaven, das Zoll-Cartell und die gegenseitigen Verkehrserleichterungen betreffen? Das kann wohl nicht möglich sein, denn es ist ja nunmehr eine sonnenklare Thatsache, daß Hannover seit Jahresfrist nicht die mindeste Geneigtheit gezeigt, noch viel weniger aber sich „wiederholt bemüht“ hat, eine vollständige Erneuerung dieser Verträge allein zu bewirken, daß vielmehr alle darauf von hiesiger Seite gerichteten Anträge zurückgewiesen worden sind, ja, wir können hinzufügen, daß selbst im letzten Augenblicke Hannover nicht den Willen zu erkennen gegeben hat, jene Verträge sämmtlich zu erneuern. Oder versteht man unter den „Verträgen von 1841“ auch diejenigen, durch welchen unser Harz- und Weserkreis noch provisorisch auf ein Jahr dem hannoverschen Steuervereine überlassen wurde? War es also Hannovers Absicht nur, den Status quo auch ferner aufrecht zu erhalten, während es über seinen Beitritt zum Zollvereine unterhandelte? In der That, diese Deutung hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, besonders wenn man zugleich berücksichtigt, daß fast unmittelbar auf jene einleitende Klage als weiteres Motiv des Patents und

mit dem Anscheine eines Vorwurfs hinzugefügt wird, Braunschweig habe „vielmehr“ durch die unter dem 20. Dec. v. J. erlassenen gesetzlichen Bestimmungen die Trennung aller herzoglichen Lande vom Steuervereine ausgesprochen. Indem diese Thatsache der Trennung als Beweggrund für Hannovers neueste Maßregeln aufgestellt wird, gelangt man allerdings ziemlich sicher zu dem Schlusse, daß das Gegentheil, nämlich die fernere Beibehaltung jener Gebietstheile, Hannovers einziger Zweck gewesen sei, durch dessen Vereitelung es sich nun zu Repressalien veranlaßt sehe. Und damit wäre ein sehr interessantes Resultat festgestellt: wir hätten in einem offenen Staatsdocumente das Geständniß, daß die hannover'sche Regierung, während sie zwei Jahre hindurch ihre Geneigtheit versicherte, dem Zollvereine beitreten zu wollen, doch nur „wiederholt bemüht“ gewesen sei, sich auch ferner diejenigen Vortheile zu erhalten, welche ihr eben in der festen Voraussetzung, daß jene Zusicherung auch in Erfüllung gehen werde, zweimal provisorisch auf ein Jahr bewilligt waren. Dieses Geständniß könnte man immer als einen Gewinn betrachten, weil man doch für die Zukunft im Stande wäre, sich vor neuen Täuschungen zu hüten. Ueberhaupt aber würde auch nur in der Voraussetzung jener Absicht der hohe Grad von Gereiztheit zu erklären sein, welcher aus dem ganzen Patente hervorleuchtet. Als im Jahre 1841 Braunschweig seinen Entschluß aussprach, sich vom Steuervereine zu trennen, fügte Hannover sich anscheinend dem Unvermeidlichen und brachte selbst eine neue Grundlage für die Unterhandlungen, nämlich seinen eigenen Anschluß an den Zollverein, in Vorschlag; liegt denn jetzt für Hannover auch nur der mindeste Grund zu Vorwürfen darin, daß man nach beinahe dreijährigem vergeblichem Warten und Unterhandeln

nicht länger auf eine bloß hinhaltende Taktik sich einlassen, daß man nicht länger in einem provisorischen, für die Verhältnisse des ganzen Landes höchst nachtheiligen Zustande bleiben will? Berechtigt es im Verhältnisse zwischen unabhängigen Staaten zu Feindseligkeiten, wenn der eine etwas Anderes will, als was er zu wollen vorgibt, der andere aber dies allmählich einsieht und der Täuschung nicht länger Vorschub zu leisten geneigt ist?

So geht das Patent schon in seinen wichtigsten Materien von einer schiefen, compromittirten Stellung aus. Allein es hat noch eine besondere Tendenz, welche ebenfalls beleuchtet werden muß. Der braunschweigischen Regierung wird Schuld gegeben, daß sie „einer von Hannover und Preußen über eine einstweilige und theilweise Fortsetzung jener Verträge getroffenen vorläufigen Uebereinkunft ihre Zustimmung versagt“, und dann, daß sie durch ihre gesetzlichen Bestimmungen über die Trennung aller Landestheile vom Steuervereine „die Auflösung der bis jetzt (Ende 1843) bestehenden Verträge ausgesprochen habe“. An diese beiden Vorwürfe reihen sich dann zwei strafende Bestimmungen in den einzelnen Artikeln des Patentes: verschiedene Verabredungen der frühern Verträge über gegenseitige Verkehrserleichterungen und über Herabsetzung der Eingangsabgabe vom Getreide sollen in Ansehung aller übrigen Zollvereinsstaaten auch ferner in Gültigkeit bleiben, in Ansehung Braunschweigs aber mit dem Anfange des jetzigen Jahrs außer Kraft treten. Wir wollen, um beim Einzelnen anzufangen, zunächst jene beiden Vorwürfe ins Auge fassen. Der erste derselben hat schon eine Berichtigung in der „Allg. Preuß. Ztg.“ gefunden: es ist am Ende des vorigen Jahres, wie wir oben gesehen haben, zwischen Preußen und Hannover noch gar keine Uebereinkunft abge-

geschlossen gewesen, vielmehr haben die Bevollmächtigten dieser beiden Staaten nur die von den hannover'schen Commissarien ohne Vollmacht und mit dem ängstlichen Vorbehalte der vollen Entschließungsfreiheit ihres Gouvernements gemachten Vorschläge nach Braunschweig gebracht, wo sie freilich, wie oben schon bemerkt ist, sowohl der Sache selbst als auch der zu weit vorgerückten Zeit wegen nicht mehr annehmbar gefunden werden konnten. Aber auch der zweite Vorwurf beruht auf einer Unrichtigkeit. Nicht die gesetzlichen Bestimmungen, welche Braunschweig im vorigen Monate erlassen, haben die Auflösung der frühern Verträge zur Folge gehabt, sondern diese Verträge sind von selbst außer Kraft getreten, weil sie mit dem Ende des vergangenen Jahrs abgelaufen und nicht wieder erneuert waren. Daß mit diesem Zeitpunkte unsere südwestlichen Gebietstheile vom Steuervereine unwiderruflich getrennt werden würden, hat Preußen im Namen des Zollvereins schon im Anfange des vorigen Jahrs gegen Hannover auf das Bestimmteste erklärt, und es entbehrt also aller thatsächlichen Grundlage, wenn wegen dieser Maßregel jetzt Braunschweig allein in den Vordergrund geschoben und mit Verantwortlichkeit überhäuft werden soll.

— Faßt man nun aber jene Vorwürfe und die herausgehobenen Bestimmungen des Patentés zusammen, so ist es schwer, sich von dem Gedanken zu trennen, daß man die Absicht gehabt habe, nur Braunschweig als die *materia peccans* in den bisherigen Unterhandlungen zu bezeichnen, ihm allein die Schuld wegen aller fehlgeschlagenen Einigungsversuche beizumessen und auf Braunschweig den allgemeinen Unwillen zu lenken. Sollte dies nur die Selbsttäuschung des Vorurtheils sein? Wir wollen nicht darüber entscheiden, aber doch eine andere Erklärung hinzufügen, die

wenigstens möglich ist und wohl kaum etwas Unwahrscheinliches gegen sich hat. Man könnte auch von der Absicht geleitet sein, die Rücksichten zu manifestiren, welche man dem großen Zollvereine nicht glaubt versagen zu können, und da man die Schuld von sich selbst abzuwenden unbedingt entschlossen ist, so bliebe in dieser Voraussetzung allerdings nichts weiter übrig, als Braunschweig allein das Unrecht tragen zu lassen. Und wie schuldbeladen müßte dann dieser Staat erscheinen, wenn jene Darstellung des Verhältnisses Eingang fände! Preußen Namens des Zollvereins und Hannover sind beide zu billigen Ausgleichungen gern geneigt, man gibt sich die größte Mühe, zusammen zu kommen, man ist endlich dem Ziele nahe: da scheitert Alles an Braunschweigs Hartnäckigkeit, welches jeden Vorschlag von der Hand weist und trotz allen Bemühungen — wie es scheint, sogar eigenmächtig und gegen Preußens Willen — mit seinen südwestlichen Gebiets-theilen zum Zollvereine übertritt. Darum werden die übrigen Vereinsstaaten geschont, Braunschweig aber geächtigt und in eine exceptionelle Lage gebracht; vielleicht hofft man, die Stimmung der übrigen Zollvereinsstaaten durch diese Begünstigung sich geneigt zu machen und dieselben zu bewegen, daß sie bei den etwa noch bevorstehenden Differenzen Braunschweig im Stiche lassen werden, ohne zu besorgen, daß sich ein ähnlicher Widerspruch erheben möchte, wie damals, als Rußland einseitig zu Gunsten Preußens einige Verkehrserleichterungen verhiess, so wie daß Preußen in diesem Falle weniger, als zu jener Zeit, die Solidarität des ganzen Zollvereins anerkenne und weniger entschlossen sein werde, jede Begünstigung abzulehnen, welche nicht jedem Vereinsstaate gleichmäßig zu Gute kommen sollte. — Wir geben zu, daß alles dies nur Conjecturen sind, aber sie dringen sich zu

natürlich auf, als daß man sie nicht zur Sprache zu bringen verpflichtet wäre, um in einem Verhältnisse, wo bisher immer nur eine Täuschung auf die andere gefolgt ist, endlich wenigstens einmal zu einem Zustande von Klarheit und Sicherheit zu gelangen.

Eben aus diesem Grunde mögen hier noch zwei Zeitungsartikel im „Hamburgischen Correspondenten“, deren erster (wir haben seiner schon oben beiläufig erwähnt) vom 19. Nov. „aus Braunschweig“ (Nr. 276) und der zweite vom 16. Dec. „aus Hannover“ datirt ist (Nr. 301), einer kurzen Betrachtung unterworfen werden. Es ist dabei jedoch zuvor die Bemerkung nöthig, daß der Verfasser des ersten Artikels kein Braunschweiger, sondern ebenfalls ein ganz bekannter Hannoveraner und die Ueberschrift „aus Braunschweig“ nur eine Maske ist. Wir dürfen hinzufügen, daß der oder die Verfasser in naher Beziehung zu der hannover'schen Regierung stehen und also schwerlich von deren geheimsten Ansichten sich werden weit entfernt haben. Der erste Artikel beginnt mit dem Versuche, aus dem braunschweigischen Gesichtspunkte zu zeigen, daß der Anschluß unsers Harz- und Weserkreises an den Zollverein in materieller Beziehung sich nicht rechtfertigen lasse, sondern nur das nothwendige, aber bedauerliche Resultat politischer Consequenz sei, gleichwie auch politische Rücksichten überhaupt bei dem Anschlusse Braunschweigs obgesiegt hätten. Aber gerade deswegen habe Hannover „um so zäher beim Nichtanschlusse beharrt“. Braunschweig wolle Hannover zum Anschlusse zwingen und nur deswegen jetzt seine südwestlichen Gebietstheile vom Steuervereine losreißen; darum aber werde Hannover sein Aeußerstes thun, um zu widerstehen; die Vertheidigung sei zu einem „Ehrenpunkte“ geworden, und der hannover'sche Stolz

sei zu bekannt, als daß man eine leichte „Uebergabe“ erwarten dürfte. Auf jeden Fall werde Hannover, um auch den Schein eines ihm angethanen Zwanges zu vermeiden, seinen Anschluß „hinausschieben“, denn Hannover habe kein leichtes flüssiges Blut, sondern sei, wie selbst sein Feind zugestehen werde (und wie der Correspondent schon einmal versichert hatte), „zähe und ausdauernd“. — In ähnlicher Weise kämpft der Localpatriotismus des zweiten Artikels für die Ehre von Alt-Hannover. Es sei unlängbar Braunschweigs Zweck gewesen, Hannover zum Anschlusse zu zwingen, und durch die Trennung unsers Harz- und Wesertreises vom Steuervereine gerathe Hannover dem Zollvereine gegenüber in den „Zustand der Vertheidigung“; jeder Hannoveraner „von Kopf und Herz“ stimme dahin, „daß Hannover um so zäher beim Nichtanschlusse beharren“ müsse, je mehr jenseitige Schritte die Miene des Zwanges annehmen. — Also beide Correspondenten — sofern es wirklich zwei sein sollten — stimmen darin überein, daß die Trennung Braunschweigs vom Steuervereine in der als „unlängbar“ hingestellten Voraussetzung eines dabei beabsichtigten Zwanges für Hannover niemals das Motiv zum Anschlusse an den Zollverein werden dürfe, daß Hannovers Ehre dies verbiete und dagegen den kräftigsten, zähesten Widerstand fordere. Wenn nun aber die hannover'sche Regierung den noch Zusicherungen im entgegengesetzten Sinne gemacht hat, so folgt daraus nach der Ansicht der Correspondenten nur, daß man bei diesen Zusicherungen weit entfernt gewesen sei von der Absicht, sie auch zu erfüllen. Sollte die hannoversche Regierung der Vermuthung entgegentreten, daß in beiden Correspondenzartikeln ihre innersten Geheimnisse verrathen seien, so mußte sie dieselben nach dem, was man im Publi-

cum allgemein über die Persönlichkeit der Verfasser glaubte, öffentlich desavouiren; eine solche Gegenerklärung ist aber nie erfolgt. Vielleicht haben also die Correspondenten in dem, was sie über die dortigen wahren Zwecke sagen, den richtigen Fleck getroffen, und dafür könnte man ihnen im Interesse der Wahrheit und der Staatsmoral Dank wissen; wenn aber der Correspondent „aus Hannover“ dann seinen Landsleuten den Trost gibt, daß ein entschiedenes Verhältniß, wie es durch die definitive Trennung unseres Harz- und Weserkreises herbeigeführt worden, gerade für Hannover eine Wohlthat, eine Nothwendigkeit sei, und daß ein „Temporisiren wohl im diesseitigen Interesse liegen möge“, so werden seine Landsleute Mühe haben, jenen Trost zu begreifen, und alle Unterrichteten nur zweifelhaft darüber bleiben, ob der uns gemachte Vorwurf eines temporisirenden Hinhaltens, also eines Strebens nach Beibehaltung des status quo, wohl als eine böshafte Verleumdung gerügt zu werden verdiene, da er in der That nur das Gepräge der Lächerlichkeit und Albernheit trägt. Um nun Alles, was zu diesem Genre gehört, sogleich kurz zu erledigen, bedarf es nur der Erwähnung, daß wir in dem zweiten Artikel aus Hannover (!!) gewarnt werden, es werde „Grund zu allerlei Befürchtungen für politische Freiheit und namentlich für das ständische Institut im Zollverein erblickt“.

Je schlechter die Gründe, desto größer pflegt die Annahme zu sein. Wie wir Hannovers Achilles-Ferse, unsere Ammenfer-Straße, behandeln wollen, steht natürlich in unserer und des Zollvereins Macht; der Hannoveraner „aus Braunschweig“ ist nicht der Meinung, er spricht von „Einwendungen“, welche Hannover dagegen machen könnte, nennt es „Epicane“, wenn wir auf der kleinen Straße einen

Durchgangszoll erheben wollten, und gelangt in seinem hannover'schen Selbstgeföhle am Ende sogar zu der an das Komische streifenden Versicherung, daß Hannover entschlossen sei, „keinen Pfennig Zoll auf der Ammenser-Straße zu verwilligen“. Ist das etwa ein Proböhen von dem so sehr gepriesenen und angerufenen hannover'schen „Stolze“? Sind das die Gränzen, welche Hannovers „Ehre“ ausfüllen muß? — Troß diesem hochfahrenden Auftreten, troß den Drohungen mit den schmerzhaftesten Vergeltungsmaßregeln, von welchen beide Artikel außerdem stroßen, troß der Hinweisung darauf, daß Preußen die ganze Angelegenheit der Trennung unserer südwestlichen Gebietstheile lediglich als braunschweigische, nicht aber als Vereinsache betrachte (eine Deutung, welche die preußische Regierung schwerlich anerkennen dürfte), und daß also auch Braunschweig ganz allein die Verantwortlichkeit eines solchen Schrittes tragen müsse, so wie endlich troß der Artigkeit gegen unsere Landstände, mit welcher der Hannoveraner „aus Braunschweig“ schließt, indem er darin eine Beruhigung findet, daß diese „die Sache in reifliche Ueberlegung nehmen“, d. h. die Regierungs-Position ablehnen würden: troß allen diesen Demonstrationen und Insinuationen hat unsere Ständeversammlung die Trennung genehmigt und ist ein Durchgangszoll auf die Ammenser-Straße gelegt, welcher, beiläufig bemerkt, schon im ersten Drittheil des Monats Januar über 300 Thlr. eingebracht hat. Die Zeit der Phrasen ist jetzt vorüber und die Zeit des Handelns gekommen; wir können jedoch nicht umbin, nach der kurzen Betrachtung dieser beiden Zeitungsartikel noch darauf hinzuweisen, welche eigenthümliche Reminiscenzen das Patent vom 31. December erweckt, wenn man sich dessen Bedeutung klar zu machen sucht.

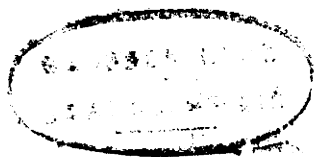
Daß übrigens jene von Hannover aus geführte Polemik ihre Früchte getragen hat, ist nicht zu verkennen. Sie hat im hannover'schen Volke eine Begriffsverwirrung über die Zwecke und die Natur des Zollvereins, eine Aufregung und Antipathie gegen denselben verbreitet, welche vielleicht erst nach längerer Zeit wieder einer ruhigern Ueberlegung und einer vorurtheilsfreieren Ansicht Platz machen wird. Die Verhältnisse des deutschen Vaterlandes sind ja leider in gar zu mancher Beziehung in solche Gegensätze gebracht und so von Mißtrauen durchwachsen, daß der Widerstand gegen eine aufstrebende Kraft immer einen verblendeten Anhang in den Massen findet, woher er auch kommen und wohin er auch gerichtet sein möge. Aber auch nur auf dieses traurige Resultat sind die Folgen jener Polemik beschränkt geblieben. Sie hat nicht verhindern können, daß unsere Regierung, eingedenk ihrer Verpflichtungen gegen das Land, so wie ihrer eigenen Ehre und Würde, freilich mit nachsichtsvoller Rücksicht gegen einen stammverwandten Nachbarstaat, aber doch auch mit entschlossener Consequenz, auf der nach der reiflichsten Ueberlegung eingeschlagenen Bahn geblieben ist und sich einem Einflusse entzogen hat, welcher, je mehr man ihm Geltung einräumte, um so zuversichtlicher mit erhöhten Ansprüchen auftrat. Sie hat endlich nicht zu bewirken vermocht, daß in unsern nunmehr ebenfalls dem Zollvereine beigetretenen südwestlichen Gebietstheilen eine geschlossene Opposition gegen den Zollverein zu Stande gekommen wäre. Daß die Maßregel des einseitigen Ueberganges mit manchen momentanen Unannehmlichkeiten verbunden sein würde, das wußte man dort vom ersten Augenblicke an; aber eben so fest stand die Ueberzeugung, daß nach der Haltung, welche Hannover allmählich eingenommen hatte, ein entscheidender Schritt noth-

wendig sei, wenn man nicht auf alle Selbstständigkeit in der Entschliebung Verzicht leisten wollte, so wie der Wunsch, nicht ferner durch Gesetzgebung und Steuerverhältnisse von den Bewohnern der übrigen Theile des Herzogthums getrennt zu sein. Auch hegt man in jenen Gebietsheilen die zuversichtliche Hoffnung, unter einem wohlberechneten und bewährten Zollsysteme mit der Zeit zu einem höhern Grade des Wohlstandes und zu einer höhern Entwicklung der industriellen Kräfte zu gelangen, als welche ihnen bisher die Gesetze und die Ausdehnung des Steuervereins zu gewähren vermochten. Sie gehören jetzt in ihren commercieellen Beziehungen nicht nur wieder dem Lande an, mit welchem sie staatsrechtlich verbunden sind, sondern auch einem Vereine, welcher gegenwärtig schon den bei Weitem größten Theil des deutschen Vaterlandes umfaßt, dessen „günstige Wirkungen“ Hannover selbst an officieller Stelle bereits anerkannt hat, und dessen Segen daher durch Beförderung des großen Verkehrs, Hebung der Industrie und Kräftigung des Nationalgefühls trotz den eingeübten Declamationen feiler Lohnjournalistik auch über jene Gegenden sich verbreiten wird. Wir sind freilich hier in Braunschweig weit entfernt von dem Wahne, in Beziehung auf die Verkehrsverhältnisse ein Ganzes bilden zu wollen, aber wenn wir darum auch die Nothwendigkeit begreifen, „als dienendes Glied einem Ganzen uns anzuschließen,“ so gestehen wir doch offenherzig, daß zu einem solchen Ganzen uns auch Hannover mit seinem Steuervereine nicht groß genug ist, und wenn, wie die Zeitungen berichten, der hannoversche Stolz darin besteht, sich durch äußere Umstände in seinen Maßnahmen nicht bestimmen zu lassen, so wollen wir den unserigen gern darauf beschränken, daß wir wenigstens Hannover nicht die Autorität zugestehen, uns zur

Begünstigung einer Opposition gegen den Zollverein zu zwingen.

Was jetzt die nächste Zukunft bringen wird, steht dahin; so viel ist indeß gewonnen, daß die Verhältnisse eine bestimmtere Stellung zu einander erhalten haben. Der Schritt, welchen Hannover durch zweijährige Unterhandlungen zu verhindern suchte, ist geschehen, und sollte noch einmal eine Annäherung gewünscht werden, so leuchtet wenigstens ein, daß sie weder auf den bisher von Hannover festgehaltenen Grundlagen, noch in der bisherigen Richtung verfolgt werden kann. Hannover wird dann auf jeden Fall einen andern Zielpunkt seines Bestrebens sich bilden, ein anderes Verfahren einschlagen, zu andern Concessionen geneigt sein müssen. So lange zu Gunsten Hannovers das Provisorium bestand, durfte es seine Unterhandlungspolitik lediglich darin finden, jenen Zustand aufrecht zu erhalten, und der andern Partei das Bestreben überlassen, eine Aenderung herbeizuführen; jetzt hat das Provisorium aufgehört, an seine Stelle ist gegen Hannovers Wunsch ein definitiver Zustand getreten, und Hannover kann nicht mehr Fortdauer des Bestehenden wünschen, sondern nur dessen Aenderung, und diese Aenderung ist nur dadurch zu erreichen, daß Hannover sich selbst andere Zwecke vorsetzt. So sind die Standpunkte und die Rollen umgetauscht; wo früher das Hinhalten, die Negation, der Widerspruch genügte, da fordern jetzt die Verhältnisse zum selbstthätigen Handeln auf. Wir verlangen nicht, daß Hannover, in seinen Erwartungen so gänzlich getäuscht, diese neue Lage sofort anerkennen solle, das Bewußtsein derselben wird ihm aber durch die Verhältnisse aufgedrungen werden. Hannover wird bald zu der Einsicht gelangen, daß man diesseits gar keine Ursache hat, auf seine bisherigen Anerbie-

tungen so großes Gewicht zu legen, und daß man der damit in Aussicht gestellten Vortheile entweder nicht bedarf, weil man sie auf andere Weise schon hat, oder daß sie für Braunschweig und den Zollverein bei Weitem nicht von dem Werthe sind, wie man in Hannover glaubte. Wir wünschen Hannovers Anschluß an den Zollverein noch eben so aufrichtig, als je, doch sind wir auch darauf gefaßt, die Hoffnung auf dieses Ereigniß einstweilen verschoben zu sehen, und wir werden zeigen, daß wir warten können. Die Zeit ist in der Regel stärker, als die Menschen; überlasse man daher auch jetzt die Verhältnisse ihrer ruhigen Entwicklung.







Trat von J. P. Bachem, Hof-Buchhändler und
Besitzer in Köln.
